

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 20 (1940-1941)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Der Abstimmungskampf um die Besoldungsvorlage in Zürich  
**Autor:** Jucker, Heinrich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333913>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Der Abstimmungskampf um die Besoldungsvorlage in Zürich**

Von Heinrich Jucker.

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben am 9. Februar die Gemeindevorlage über die Neuordnung der städtischen Besoldungen und Löhne und die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die unteren Besoldungs- und Lohnkategorien mit 47 467 Nein gegen 25 419 Ja verworfen. Dieses Abstimmungsergebnis und der vorausgehende Abstimmungskampf haben in der gesamten Presse des Landes Interesse gefunden und zu lebhaften Kommentaren Anlaß gegeben. Die Tatsache allein, daß eine Gemeindevorlage weit über die Grenzen der Stadt Zürich hinaus besprochen, das Abstimmungsergebnis untersucht und je nach der politischen Einstellung bewertet wird, zeigt, daß der Kampf um die Besoldungsvorlage mehr war, als nur eine Befürwortung einer bescheidenen Angleichung der Löhne und Besoldungen an die durch den Krieg eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung. Die nachstehenden Ausführungen sind der Versuch eines Beteiligten, die Voraussetzungen und Erfahrungen im Abstimmungskampf zusammenzufassen.

Das Personal der Stadt Zürich hat im Jahre 1934 in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Finanzlage der Stadt auf durchschnittlich 5 Prozent des Lohnes verzichtet, um einen Abbau der Sozialleistungen zu verhindern. Diesem Krisenopfer hatten alle Personalorganisationen zugestimmt, ebenso die Behörden. Es fehlte damals nicht an Stimmen, die der Gewerkschaft des öffentlichen Personals, dem VPOD., den Vorwurf machten, ein freiwilliger Verzicht auf einen bestimmten Teil des Lohnes — unbekümmert um die Begründung — sei ein Verrat an den gewerkschaftlichen Grundsätzen. Die Kommunistische Partei ergriff das Referendum gegen den Beschluß des Gemeinderates, so daß die Gemeindeabstimmung angeordnet werden mußte. Die Stimmberechtigten stimmten am 8. Juli 1934 mit 30 919 Ja gegen 9884 Nein der Vorlage zu. Das Krisenopfer wurde im Jahre 1936 in einen Lohnabbau umgewandelt, was zur Folge hatte, daß auch die Renten der Pensionsbezüger entsprechend gekürzt wurden. Auf 1. März 1938 trat eine Erleichterung ein durch den Beschluß des Gemeinderates, der bestimmte, daß der Lohn eines Verheirateten oder Ledigen mit gesetzlicher Unterstützungspflicht durch den Lohnabbau nicht unter Fr. 4500.— sinken dürfe. Am 1. Juli 1938 richteten sämtliche Personalverbände in einer gemeinsamen Eingabe an den Stadtrat das Gesuch, es möchte in Anbetracht der bereits verteuerten Lebenshaltung der Lohnabbau aufgehoben werden. Dieses Begehren stützte sich ebenfalls auf das seinerzeitige Versprechen der Behörden, daß der Lohnabbau wieder aufgehoben werden solle, sobald die Stadt sich in einer finanziell günstigeren Situation befinde. Dieses Gesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß der Stadtrat sich bereits mit einer Gesamtrevision der Gehalts- und Lohnverordnungen befasse.

Im Dezember 1938 stellte der Stadtrat den Personalverbänden den Entwurf zu einer neuen Besoldungsvorlage zu. Die Beratungen in den Behörden waren im September 1939 bereits vor dem Abschluß. Durch die Generalmobilmachung vom 2. September wurde die Vorlage sistiert. Im Mai 1940 verlangte der VPOD, neuerdings die Aufhebung des bestehenden Lohnabbaues auf Grund der nun stark eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung. Der Stadtrat lehnte es wiederum ab, auf dieses Begehren einzutreten und unterbreitete dem Gemeinderat neuerdings die bei der Generalmobilmachung im September 1939 sistierte Besoldungsvorlage.

In raschem Tempo wurde die Vorlage durchberaten. Neben einer Reihe entscheidender Verbesserungen für die unteren Kategorien der Angestellten und Arbeiter wurde die Vorlage ergänzt durch Haushalts- und Kinderzulagen bis zu einem Einkommen von Fr. 7000.—, abgestuft nach dem Einkommen.

In Kürze zusammengefaßt, bildete die Vorlage ein *Verständigungswerk*. Ein altes freisinniges Postulat, unterstützt durch den Stadtrat und Vertreter aus allen Fraktionen des Gemeinderates, auf eine bessere Berücksichtigung der oberen Beamtenkategorien wurde verwirklicht. Für die Arbeiterkategorien und die unteren Angestellten wurde der durchschnittliche Lohnabbau von 5 Prozent um 4 Prozent gemildert, so daß rund ein Prozent des Lohnabbaues verblieben wäre. Durch die Teuerungszulagen von Fr. 5.— pro Monat für die Haushaltung und jedes Kind wäre der Lohnabbau aufgehoben worden und teilweise eine kleine Erhöhung gegenüber 1934 eingetreten.

Alle Parteien im Gemeinderat, mit Ausnahme der Unabhängigen, stimmten der Vorlage zu. Der Landesring erklärte einfach, der Zeitpunkt für eine Gesamtrevision der Besoldungen und Löhne sei ungünstig, unterließ es aber, Vorschläge zu machen, wie dem Personal ein Teil der Teuerung abgenommen werden könnte. Die Kosten der Revisionsvorlage, einschließlich der bescheidenen Teuerungszulagen, betrugen Fr. 2 930 000.—, während der Lohnabbau seinerzeit 3,2 Millionen ausmachte.

Bereits während der Verhandlungen im Gemeinderat meldete sich der «Bund der Subventionslosen» und drohte mit dem Referendum. Der Gemeinderat entschloß sich daher, die Vorlage sofort der Gemeindeabstimmung zu unterbreiten, was zweifellos richtig war.

Der Kampf um die Vorlage war außerordentlich heftig. Der «Bund der Subventionslosen» entfaltete eine Hetzkampagne gegen das städtische Personal, wie sie bereits bei der Abstimmung vom 2. Dezember 1939 bei der Vorlage für das Bundespersonal zu verzeichnen war. In demagogischer Art wurden die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde gegen die Angestellten und Arbeiter der Privatindustrie ausgespielt. Kein Mittel und keine Entstellung war zu gemein, um nicht angewendet zu werden. Die Besoldungs- und Lohnbezüge des Personals wurden einfach den Unterstützungsansätzen der Fürsorgeinstitutionen gegenübergestellt und damit Gegensätze konstruiert, die geradezu aufreizend wirken mußten.

Die ganze Kampagne richtete sich aber nicht nur gegen das Personal der Stadt, sondern gegen die Gemeinwirtschaft selbst. Der Propagandaufwand war elefantisch. 7 Plakate wurden angeschlagen, eine illustrierte Broschüre von 16 Seiten wurde in alle Haushaltungen verteilt, die großen Inserate erschienen in allen Tageszeitungen, mit Ausnahme des «Volksrechts». «Volle Bäuche — leere Bäuche» war die Parole. Hemmungslos wurde an den Neid und die Mißgunst appelliert.

Gegen diesen Ansturm der «Elefanten» kämpften die Sozialdemokratische Partei und der Verband des Personals öffentlicher Dienste so ziemlich allein. Die bürgerlichen Parteien, speziell ihre Zeitungen, zeigten sich in einer recht eigentümlichen Rolle. Mit der Offensive des «Elefantenklubs» schalteten sie sich aus dem Abstimmungskampf aus und publizierten sämtliche Inserate der «Elefanten» im Inseratenteil ihrer Parteizeitungen. Im Textteil erschienen einige befürwortende Artikel.

Diese Tatsache muß festgehalten werden. Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß die Parteien, welche der Besoldungsvorlage in den Vorberatungen den Stempel aufgedrückt haben, im Abstimmungskampf versagten, sich selbst ausschalteten, ihre Zeitungen den Gegnern der Vorlage — allerdings gegen einen guten Zeilenpreis — überließen.

Der VPOD., zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei, hat den Kampf scharf geführt. Die Hauptleute des «Elefantenklubs» wurden ins Rampenlicht gestellt. Schonungslos wurden Einkommen und Vermögen dieser Herren, die sich so gerne als die Anwälte des kleinen Mannes ausgeben, publiziert und auch auf die Zusammenhänge mit anderen Erneuerungsbewegungen hingewiesen. Es ging aber nicht ohne Schwierigkeiten. Die Inseratenabteilungen der zürcherischen Blätter lehnten bestimmte Inserate gegen den Elefantenklub ab oder liefen mit dem Manuskript zur Militärzensur. Die Militärzensur ist eine Angelegenheit für sich. Die Inserate der Befürworter wurden genau kontrolliert und beanstandet. Es ist nicht anzunehmen, daß bei den Gegnern der Vorlage der gleiche Maßstab angelegt wurde.

Es ist leider nicht mehr möglich, der Öffentlichkeit zu sagen, auf welche Vorläufer und Beispiele sich die Propagandamethode des «Bundes der Subventionslosen» stützt. Diese Tatsache muß bedenklich stimmen. Sie zeigt aber auch mit erschreckender Deutlichkeit, wo wir bereits stehen. Es wird dem VPOD. von allen Seiten der Vorwurf gemacht, er hätte den Klassenkampf propagiert. Dies wird in der Hauptsache von *den* Leuten erklärt, die als Befürworter der Vorlage jämmerlich versagten, die den Mut nicht aufbrachten, zu der Vorlage zu stehen, die sie als richtig bezeichneten.

Die Vorlage ist vom Volk mit wuchtigem Mehr abgelehnt worden. Mit dieser Tatsache muß man sich abfinden, aber nicht ohne bestimmte Schlußfolgerungen. Die Besoldungsvorlage war ein Verständigungswerk. Bereits in den Vorberatungen der Personalverbände war der Wille vorhanden, sich gegenseitig zu verstehen. Man machte auf allen Seiten Konzessionen, die vor einigen Jahren nicht gemacht worden wären. Man verständigte sich. Das gleiche Bild boten die Verhand-

lungen in den Behörden. Viel guter Wille war vorhanden. *Die Abstimmung hat gezeigt, daß diese Verständigung nichts nützt, wenn sie einfach ein Lippenbekenntnis bleibt.* In dieser Hinsicht hat die Abstimmung Klarheit geschaffen. Die bürgerlichen Parteien sind für eine Verständigung zu haben, solange auf der Seite der Arbeiterschaft Konzessionen gemacht werden. Sobald es aber gilt, sich für die Arbeiterschaft einzusetzen in einer bestimmten Frage, erklärt man: «Die Art, wie der Kampf geführt wurde, hat es uns verunmöglicht, wirkungsvoll für die Sache einzutreten.»

Der Elefant hat einen negativen Erfolg zu verzeichnen. Man muß sich darüber klar sein, daß es auch ohne die Methoden des «Bundes der Subventionslosen» sehr schwer gewesen wäre, die Vorlage durchzubringen. Das Volk hat eine gewisse Abneigung gegen Vorlagen, die von allen Seiten empfohlen werden. Diese Erfahrung konnte nun schon zu verschiedenen Malen gemacht werden. Eine Schwäche muß eingestanden werden. Der Kampf gegen den «Bund der Subventionslosen» von der Seite der Gewerkschaften und der Partei ist absolut unzulänglich. Wenn die Polemik erst dann aufgenommen wird, wenn eine Abstimmung zur Diskussion steht, wird es immer zu spät sein. Der «Elefantenklub» führt seinen Kampf ohne Unterbruch das ganze Jahr hindurch im Inseratenteil der verschiedensten Zeitungen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, dieser Propaganda zu begegnen, auch dann, wenn keine Abstimmung vor der Türe steht.

---

## Die Weltwirtschaft nach dem Kriege

Von \* \* \*

Der Oberbürgermeister von Neuyork, La Guardia, hat auf einer Konferenz der amerikanischen Bürgermeister die Forderung erhoben, die Regierung um Bereitstellung einer Summe für öffentliche Arbeiten zu ersuchen, die nach Beendigung der Aufrüstungsperiode und der dadurch verursachten Abnahme des Beschäftigungsgrades in Angriff genommen werden sollten. Möglicherweise werde sich dann der hierfür erforderliche Betrag auf mehrere Milliarden Dollar belaufen. Wie man weiß, vertritt La Guardia keineswegs den Standpunkt des amerikanischen Isolationismus, sondern ist einer der tatkräftigsten Unterstützer der Außenpolitik Roosevelts. Er ist infolgedessen auch keineswegs blind gegen die Möglichkeit einer Verschärfung und Ausdehnung des gegenwärtigen Weltkrieges. Daß er trotzdem bereits an die wirtschaftlichen Erfordernisse der Nachkriegszeit denkt, zeugt von einem Weitblick, der leider nicht allzu häufig ist. Befremdlicherweise, denn die Erfahrungen, die nach der Beendigung des letzten Weltkrieges nicht nur die an ihm beteiligten, sondern auch viele von ihm verschont gebliebene Länder gemacht haben, sollten für alle Staaten und für alle Bevölkerungsschichten die ernsteste Warnung bilden.

Auch dann, wenn der Krieg noch Jahre dauern und Japan, die